

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	29. September 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Südwerk-Bürgerzentrum Südstadt, Henriette-Obermüller-Straße 10, Karlsruhe
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

**Punkt 15 der Tagesordnung: Neufassung der Richtlinie über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen**

**Vorlage: 2015/0478**

**dazu:**

**Änderungsantrag der Stadträtin Bettina Lisbach, der Stadträte Michael Borner und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 25. September 2015**

**Vorlage: 2015/0579**

**Änderungsantrag der Stadträte Tilman Pfankuch und Dr. Thomas Müller, der Stadträtinnen Dr. Rahsan Dogan, Bettina Meier-Augenstein, Marianne Mußnug und Karin Wiedemann (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 29. September 2015**

**Vorlage: 2015/0585**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - die Richtlinien über die Durchführung des Beförderungsdienstes für schwerbehinderte Menschen und stimmt folgendem Vorschlag zu:

1. Die Entgelte für Fahrten mit Taxi/Pkw beziehungsweise Spezialfahrzeugen für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, werden aufgrund gestiegener Sach- und Personalkosten angepasst. Die Abrechnung der Beförderungsfahrten mit Taxen/Pkw erfolgt nach der aktuell gültigen „Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für Taxen im Stadtkreis Karlsruhe“.
2. Der Kostenbeitrag bei Überschreitung der Einkommensgrenze nach § 85 Sozialgesetzbuch (SGB) XII wird in Höhe der Kosten für die Wertmarke zur unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr (§ 145 SGB IX - derzeit 72 Euro im Jahr) festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmige Zustimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss.

Zusätzliche rufe ich auf den Änderungsantrag der Grünen und den Änderungsantrag der CDU. Wie das alles zusammenhängt, erklärt uns jetzt Bürgermeister Martin Lenz.

**Bürgermeister Lenz:** Die Richtlinie über den Beförderungsdienst für schwerbehinderte Menschen verfolgen wir schon seit Jahrzehnten. Wir hatten zwei Aspekte, die jetzt es zu reformieren gilt. Zum einen sind die Nutzungsentgelte für die Taxiunternehmen seit 2003 nicht mehr angepasst worden - dies ist in der Vorlage erläutert -, aber zum anderen gibt es natürlich auch einen Aspekt, der uns alle nicht freut. Nach mehreren Strafverfahren gegen verschiedene am Beförderungsdienst beteiligte Unternehmen und schließlich sogar einem rechtskräftigen Strafbefehl gegen ein Unternehmen wurde notwendig, auch in die Richtlinie die Präventionsmaßnahmen zukünftig aufzunehmen. Gegen einen wie von uns ursprünglich vorgesehenen GPS-gestützten Abgleich von Abhol- und Zielort wurde von Seiten des Behindertenbeirates, aus deren Sicht natürlich mit Recht, Einspruch erhoben, datenschutzrechtliche Bedenken geäußert. Wie es eben Kultur ist in der Kommunikation mit unserem Behindertenbeirat, haben wir uns im Sozialausschuss intensiv mit diesen Bedenken auseinandergesetzt. Gleichwohl haben wir nicht nur ZJD und unseren lokalen Datenschutzbeauftragten einbezogen, sondern die ganze Angelegenheit nach Stuttgart dem Landesdatenschutzbeauftragten übermittelt. Dieses Ergebnis liegt bis dato nicht vor, lag bis zum Sozialausschuss nicht vor. Wie Ihnen kommuniziert und zugesagt, warten wir natürlich die Stellungnahme aus Stuttgart ab. Deshalb haben wir in der Richtlinie auch von dem Zusatz GPS Abstand genommen, gleichwohl in der Beschlussvorlage, das ist der Grünen-Antrag, auf den ich jetzt komme, dieses nicht gestrichen. Deswegen folgen wir Ihrer Formulierung. Das unterstreicht das im Sozialausschuss von uns, von mir, Zugesagte. Dem Antrag der CDU, das können Sie der Vorlage entnehmen, können wir – ich mal eine Klammer – noch nicht folgen. Wir sehen Abstimmungsbedarf, weil es einfach einer Definition bedarf, was Unterbrechung einer solchen Fahrt bedeutet, finanziell für die Unternehmen bedeutet. Sie wissen, so eine Unterbrechung: Rollstuhl ausladen und wieder einladen, mal kurz in die Bank reinspringen und wieder raus in einer Minute. Insofern bitten wir um Verständnis, dass wir das Anliegen gerne aufnehmen und weiterverfolgen, dann wieder auf Sie zukommen.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Der Antrag ist für uns erledigt. Die Kollegen haben auch gesagt, sie sind damit einverstanden.

**Der Vorsitzende:** Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Dann können wir dem gleich so zustimmen. Das sind nur gelbe Karten. Das ist Einstimmigkeit.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: